

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 76.

Mittwoch, den 2. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die neueste Finanzreform.

Die sozialdemokratische Partei hat ein lebhaftes Interesse, die Reichsfinanzen so zu ordnen, daß 1. jede Neubelastung des Massenverbrauchs dauernd vermieden, 2. Geld für kulturelle und sozialpolitische Zwecke beschafft, 3. die Befreiung bestehender Verbrauchssteuern ermöglicht wird.

Es ist von vornherein klar, daß die Finanzreform 1913 den beiden letzten Forderungen nicht genügen kann. Sie ist dazu bestimmt, Deckungen für militärische Ausgaben zu schaffen, sie tut das nur in unzureichender Weise und rechnet ängstlich mit jedem Pfennig der bestehenden Verbrauchsabgaben. Die Denkschrift über die Kostendeckung nimmt an, daß die Zölle und indirekten Steuern in den nächsten Jahren 16 Millionen Mark jährliches Mehrerträgnis liefern werden, diese 16 Millionen werden sofort für die neue Militärvorlage mit Beschlag belegt. Außerdem soll die Zuckersteuer — entgegen allen feierlichen Versprechungen und Gesetzesbeschlüssen —, ebenso auch der Grundsteuerstempel über den 1. Oktober 1916 hinaus in der alten Höhe beibehalten werden, allerdings angeblich nur bis zum 1. April 1918. Es ist dies das dritte, daß das Reich sich seinen Ehrenschuldschein prolongieren läßt, an seine Einlösung glaubt kein Mensch mehr.

Das Sammelsurium von Gesetzesvorschlägen, das die neueste Finanzreform darstellt, bietet in keiner Weise Gewähr für eine wirkliche und dauernde Deckung der Kosten der Militärvorlage aus den Mitteln der Besitzenden. Und wie dieses System der Systemlosigkeit als Ganzes abzulehnen ist, so findet sich — vielleicht abgesehen von der kleinen erweiterungsfähigen Vorlage über das Erbrecht des Reiches — unter den neuen Vorschlägen kein einziger Gesetzesentwurf, dem die sozialdemokratische Fraktion, so wie er ist, ihre Zustimmung geben könnte.

Soll Sicherheit dafür geschafft werden, daß die mit 186 Millionen Mark jährlich vielleicht zu niedrig veranschlagten dauernden Kosten von den Besitzenden getragen werden, dann muß man diesen ganzen Betrag aus einer einheitlichen, erweiterungsfähigen Besitzsteuer decken, als welche in erster Linie eine Erbschaftsteuer in Betracht kommt. Ohne über die Sätze, die in andern Staaten bestehen, hinauszugehen, könnte man aus dieser Steuer mit Leichtigkeit eine Einnahme von 250 Millionen Mark im Jahre erzielen. Statt diesen einfachen, aber den Besitzenden Patrioten unangenehmen Weg zu gehen, hat man den Betrag von 186 Millionen aus einer größeren Anzahl mehr oder minder anfechtbarer Posten zusammengerettet: Erhöhten Erträgen bestehender Steuern, „veredelten“ Matrikularumlagen, Erbrecht des Reiches, Gesellschafts- und Versicherungsstempel. Das Ergebnis kann kaum anders sein, als Fehlschlagen der aufgestellten Berechnungen, neue Defizitwirtschaft und neue Steuerjuche.

Die einmaligen Ausgaben sowie ein Teil der dauernden Auslagen in den ersten 3 Jahren sollen bekanntlich durch den sogenannten „Wehrbeitrag“, die einmalige Vermögensabgabe, gedeckt werden. Alle Vermögen von 10 000 Mark aufwärts sollen einer einmaligen Abgabe von 1/2 Prozent unterliegen, große Einkommen ohne Vermögensfundierung sollen aber erst von 50 000 Mark pro Jahr an mit 2 Prozent herangezogen werden. Eine Witwe oder ein kleiner Bauer, die 10 000 Mark Vermögen besitzen, hätten demnach 50 Mark zu zahlen, ein Direktor, Rechtsanwalt, Arzt usw., der das nahezu Fünffache dieses Vermögens jährlich als Einkommen bezieht, aber im Vertrauen auf die Sicherheit seines Erwerbs kein Kapital akkumuliert, hätte demnach gar nichts zu zahlen. Soll die Vermögensabgabe der steuerlichen Gerechtigkeit entsprechen, dann muß sie nach der Größe des Vermögens gestaffelt, die Einkommensgrenze muß viel tiefer heruntersetzt werden.

Für die dauernden Kosten kommen ab 1. April 1916 in erster Linie die sogenannten veredelten Matrikularumlagen in Betracht. Vom 1. April 1916 sollen die Einzelstaaten zu den bestehenden 80 Pfg. durchschnittlich weitere 125 Pfg. pro Kopf ihrer Bevölkerung aufbringen. Durch die sogenannte „Veredelung“, die Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse in jedem einzelnen Staate, soll der Durchschnittsbetrag da ein wenig erhöht, dort ein wenig erniedrigt werden. Die Besitzbesteuerung soll auf rund 80 Millionen im Jahre begrenzt und dem Reichstag das Recht auf die Ausgestaltung dieser Besteuerung aus der Hand genommen werden. Man will das Portemonnaie der

Besitzenden nicht dem Reichstag des allgemeinen Wahlrechts überantworten. Man kehrt nach allen Versuchen, von ihr loszukommen, zur alten Matrikularumlagenwirtschaft zurück, die seit dem Bestehen des Reiches den Krebsbissen der Reichsfinanzen bildet.

Es ist aber gar nicht anzunehmen, daß dieser Vorschlag ernst gemeint sei. Er soll, wie schon gesagt, erst in 3 Jahren in Kraft treten. Die Regierungen der Einzelstaaten rechnen offenbar darauf, daß sich im Verlauf der nächsten 3 Jahre noch ein anderer Ausweg finden, und daß das Gesetz, falls es wirklich beschlossen werden sollte, noch bevor es in Kraft treten soll, wieder über den Haufen geworfen werden wird. Die 80 Millionen veredelten Matrikularumlagen sind weiter nichts als eine Altrappe, die wieder weggerissen werden soll, ehe der Neubau vollendet ist. Einsteifen hat man die 80 Millionen — auf dem geduldeten Papier, auf dem nun nur noch 106 Millionen deckungsbedürftiger dauernder Neuausgaben zurückbleiben.

Ein großer Teil dieser restlichen 106 Millionen soll nun aus den Gesellschafts- und Versicherungssteuern herausgeholt werden. Da derartige Stempel zum Teil schon in den Bundesstaaten bestehen, würden, wie angegeben wird, weitgehende Rückstellungen nötig sein. Der Grundsatz dieser Stempelsteuern ist: wer sein Vermögen einer Erwerbsgesellschaft zuführt oder es versichert, soll bezahlen, wer sein Vermögen in einem eignen Unternehmen anlegt oder es nicht versichert, braucht nicht zu bezahlen. Auf die Frage nach dem Warum? dieser Unterscheidung gibt es keine Antwort. Oder vielmehr die Antwort liegt in dem zwieschlächtigen Charakter dieser Angaben als Verlehrs- und Besitzsteuer. Man besteuert den Besitz nicht als solchen, sondern nur seinen Übergang in den Verkehr als Gesellschaftskapital oder als Versicherungsgegenstand, weil man an dem konservativen Dogma, den Besitz als dauernde Steuerquelle den Einzelstaaten zu überlassen, wenigstens zum Scheine nicht rütteln will. Die Folge ist ein System der Willkürlichkeiten, eine Bestrafung des kleineren Besitzers, der seinen Besitz versichert, Freilassung des Leichtsinrigen, der die Versicherung unterläßt.

Es versteht sich von selbst, daß die ungeheuer wichtigen und komplizierten Fragen einer neuen Finanzreform nicht in den paar kurzen Wochen einer auch mit andern Materialien überlasteten Sommeression erledigt werden können. Die Regierung wünscht, daß das Ganze der Militär- und Deckungsvorlagen noch in diesem Sommer fertiggestellt wird, so daß mit der Erhöhung der Präsenznummer schon zum 1. Oktober d. J. begonnen werden kann. In einem Jahre würde aber das Glück der Militärvorlage, wenn es unvermeidlich ist, auch früh genug kommen. Die Sozialdemokratie hat auf keinen Fall Anlaß, durch entgegenkommendes Verhalten in der Frage der parlamentarischen Geschäftsverteilung der Gesetzespulscherei Vorschub zu leisten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

nimmt am heutigen Mittwoch seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht folgender fortschrittlicher Initiativantrag:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den die Errichtung und Erweiterung von Familienidealkommissionen an Grund und Boden verboten und die Auflösung bestehender Familienidealkommissionen befördert wird.“

Müssen oder wollen die Fürsten zahlen?

Aber die Beteiligung der deutschen Bundesfürsten an dem Wehrbeitrag enthalten die halbamtlichen Veröffentlichungen nur den einen bescheidenen Satz: „An dem vaterländischen Opfer werden auch die deutschen Bundesfürsten sich beteiligen.“ Hier bleibt alles dunkel. Soll die Beitragspflicht der Bundesfürsten gesetzlich festgelegt werden? Werden sie ebenfalls ihr Vermögen deklarieren und dann den auf sie entfallenden gesetzlichen Prozentsatz der Vermögensabgabe von 1/2 vom Hundert entrichten? Sicher ist wohl die Heranziehung der mediatisierten Fürsten. Sie können nach dem geltenden Recht auf keinen Fall eine Sonderstellung beanspruchen. Dagegen scheint es so, daß die Beteiligung der Bundesfürsten auf Grund einer freiwilligen Bereiterklärung erfolgen soll, die dann kaum in dem Gesetzesentwurf enthalten sein dürfte. Für die Höhe der Fürstenbeiträge dürfte es aber von Erheblichkeit sein, ob sie ihren Beitrag selbst bestimmen, oder ob er analog den Bestimmungen für die übrigen Steuerzahler gesetzlich festgelegt wird.

Die Untersuchung der Zustände im Vieh- und Fleischhandel.

Die Reichsregierung soll bekanntlich der Fleischtsteuerung auf den Grund gehen. Das ist für sie eine sehr schwierige Aufgabe; denn sie wird bei Lösung der Frage den Agrariern nicht zu nahe kommen wollen. Eine geraume Zeit ist daher bereits verstrichen, ohne daß die Öffentlichkeit ein Resultat der Regierungsmühen auf diesem Gebiete hätte konstatieren können. Vertrauliche Verhandlungen führen zwar von Zeit zu Zeit die eingesezte Kommission, die die Zustände im Vieh- und Fleischhandel unter ihre kritische Lupe nehmen soll, mit „Sachverständigen“, doch so gut wie nichts dringt davon an die Öffentlichkeit.

Am Montag und Dienstag war die Kommission unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück wieder an ihrer Arbeit. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, daß 40 Sachverständige aus Süddeutschland vernommen wurden. Den Verhandlungen habe ein Fragebogen zugrunde gelegen, durch den zunächst der Preis des Viehes im Stalle, dann der Preis auf dem Viehmarkt und schließlich der Preis des Fleisches im Laden festgestellt werden soll. Daran schlossen sich Fragen über Nachrichtenwesen und Statistik.

Das ist ein sehr schwerfälliger Apparat, mit dem die Regierung arbeitet. Nach dem Grundsatz „Immer langsam voran...“ wird sie schließlich zu einem Resultat kommen, das gleich Null ist.

Reichsgesetzliche Regelung des Luftverkehrs.

Der in Aussicht gestellte Gesetzesentwurf über die Regelung des Luftverkehrs wird nicht nur Bestimmungen über die Haftpflicht, sondern auch verkehrspolizeiliche und gewerbepolizeiliche Vorschriften für den Verkehr mit Luftfahrzeugen aller Art bringen.

Fortschrittliche Konsequenz.

Unter den Ausreden, welche die Fortschrittliche Volkspartei für die Zurückweisung eines Bündnisses mit den Sozialdemokraten bei den preussischen Landtagswahlen anführte, spielt eine große Rolle die Behauptung, man habe sich nicht unter das „kandinische Sock“ der Wahlmännerverpflichtung beugen können. Als „kandinisches Sock“ wurde dabei das unterschrittliche Versprechen der Wahlmänner angesehen, in Mehrmännerkreisen auch einem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben. Diese Klage und selbstverständliche Verpflichtung findet nun ein Gegenstück in der schriftlichen Erklärung, welche die Wahlmannskandidaten der liberalen Parteien in Breslau unterzeichnen müssen und die folgenden Wortlaut hat:

„Ich bin bereit, ein Mandat als Wahlmann der vereinigten liberalen Parteien zu übernehmen, um dasselbe im Sinne des liberalen Wahlkomitees auszuüben.“

Welchen Sinnes das liberale Wahlkomitee bei den Abgeordnetenwahlen und schließlich bei den Abgeordnetenwahlmännern sein wird, das wissen die Wahlmannskandidaten nicht, sie verpflichten sich aber unterschrittlich, in diesem ihnen unbekanntem Sinne zu stimmen. Die reaktionäre „Schlef. Ztg.“ leitet aus dieser Formalität den Verdacht her, daß man den Wahlmännern „zumuten“ wird, für 2 Liberale und einen Sozialdemokraten zu stimmen, sobald dies im Sinne des liberalen Wahlkomitees liegt. Da die Leitung der Fortschrittler diese Absicht aber schon zehnmal öffentlich und privatim abgelehnt hat, kann die unbestimmte Fassung noch viel eher dazu benutzt werden, den freikonservativen Abgeordneten gegen solche des Zentrums zu wählen und die Unterschrift „im Sinne des Wahlkomitees“ zu diesem reaktionären Zwecke zu benutzen.

Eine solche Blankovollmacht zu unterschreiben, das ist natürlich kein „kandinisches Sock“.

Was das Gottesgnadentum einbringt.

Der kürzlich ermordete König von Griechenland trat vor 50 Jahren als junger, wenig bemittelter dänischer Prinz sein Amt an und soll jetzt etwa 100 Millionen Franken Vermögen hinterlassen haben. Im Zusammenhang mit dieser Nachricht gewinnt auch die Meldung Interesse, daß der König Georg die Absicht hegte, nach Beendigung des Balkankrieges sich zurückzuziehen in das Privatleben nach Dänemark als Rentner zurückzuziehen. Er wollte bald nach dem 50jährigen Regierungsjubiläum im Oktober dieses Jahres zuquassen des Kronprinzen Konstantin abdanken. Auf die Absicht des Königs, dauernd nach Dänemark zu ziehen, deutet auch der Umstand hin, daß er im Laufe der letzten Jahre an verschiedenen Stellen Nordseelands einen recht ansehnlichen Grundbesitz gekauft hat, wie er denn auch seit mehreren Jahren der Eigentümer eines der alten palastähnlichen Gebäude in der Kopenhagener Bredgade ist. Aus alledem geht jedenfalls hervor, daß das „Regierungsgeschäft“ recht gemianbringend

war und seinen Mann mehr als ernährte. Der private finanzielle Erfolg steht in einem krassen Verhältnis zu der Entwicklung der Staatsfinanzen während der letzten 50 Jahre und legt interessante Vergleiche nahe. Hier eine enorme Bereicherung, dort eine Verarmung des Landes, in dessen Geschichte der Staatsbankrott keine einmalige Erscheinung geblieben ist.

Ende 1911 bezifferte sich die griechische Staatsschuld auf 683 1/2 Millionen Goldfranken und 150 Millionen Papierdrachmen. Die Verzinsung der Goldschulden erforderte 16,36 Millionen Franken, wovon auf Deutschland 1,37 Millionen entfielen, auf England 8,14, auf Frankreich 4,75 und auf Griechenland selbst nur 2,09 Millionen Goldfranken. Die internationale Finanzkommission verwalte die Einnahmen aus den Monopolariteln, zu denen Salz, Petroleum, Zündhölzchen, Spielkarten, Tabak, Zigaretten, Papier und Nagoschmirgel gehören, ferner die Einnahmen aus den Zöllen. Die Hilfsquellen des Landes sind nicht sehr groß, die Einnahmen stammen in der Hauptsache aus der Landwirtschaft, und zwar aus den Produkten des Gartenbaues, vor allem aus Korinthen, Oliven, Feigen und anderen Südfrüchten, die die wichtigsten Exportartikel bilden. Um so mehr macht sich der Mangel an Arbeitskräften durch die Kriegerarbeit geltend, da die Pflanzungen vernachlässigt werden, was späterhin noch verstärkt fühlbar werden dürfte. Das Geschäftsleben in Griechenland stagniert zurzeit und die Lebenshaltung der Bevölkerung wird durch die Steigerung der Lebensmittel ganz erheblich erschwert.

Dieser Überblick über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Griechenlands zeigt jedenfalls deutlich, daß deren Entwicklung in einem schreienden Widerspruch steht zu der Bereicherung seines Herrschers innerhalb der 50jährigen Regierungsperiode, die die geschäftlichen und beruismäßigen Lobredner des Gottesgnadentums bei allen Gelegenheiten anzubringen suchen.

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen und sich mit der Vorlage über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation beschäftigt. Die Vorlage, die bereits bei den Debatten über die Fleischnot angekündigt wurde, fordert 25 Millionen Mark, und zwar 12 Millionen zur Urbarmachung fiskalischer Moore, 3 Millionen zur Ausführung von Meliorationen auf Domänen und 10 Millionen Mark zur Bereirung des Staates mit Stammeinlagen an gemeinnützigen Ansiedlungsgesellschaften. Im allgemeinen hegen die Konservativen, der Freikonservativen und des Zentrums großen Sympathie für ihn aus und auch die Nationalliberalen und die Fortschrittler sind trotz mancher Bedenken im einzelnen für ihn zu haben. Interessant war es, daß die Konservativen, die bisher immer die innere Kolonisation bekämpften und für den Großgrundbesitz eintraten, sich jetzt plötzlich als Freunde der inneren Kolonisation zeigten. Ein grundsätzlicher Gegner entstand der Vorlage lediglich in dem polnischen Abg. Saß, der darauf hinwies, daß auch diese Maßnahme lediglich den deutschen, nicht aber den polnischen Staatsbürgern zugute kommen werde. Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Peinert, der sich mit der Urbarmachung von Mooren und mit den Meliorationen einverstanden erklärte, aber gegen die Bereirung des Staates an Siedlungsgesellschaften protestierte und vor allem verlangte, daß die Regierung bestimmte Garantien über die Verwendung der ihr bewilligten Gelder gebe. Die Debatte endete mit Überweisung des Entwurfs an die verstärkte Agrarkommission.

In den Heeres- und Seesvornlagen.

Die Probe aufs Exempel.

Im Posener „Tageblatt“ appelliert ein Dr. de Robertiessen an die Patrioten, die einmalige Heeresabgabe schon jetzt freiwillig zu entrichten. Er schreibt u. a.: „Um nun diese Vermögensabgabe dem Vaterland zu entziehen, was doch wohl bei der Verabschiedung des Gesetzes ziemlich sicher zu erwarten ist, wäre es am besten, wenn die durch das Gesetz zu erfordernden Beträge schon vor der Beschlußfassung des Parlamentes freiwillig zur Verfügung gestellt wären. Ein solches Versehen würde die beste Folge des Beispiels unserer Vorgänger vor hundert Jahren sein und am meisten dem Kaiserorte, daß auch das Jahr 1913 ein Opferyahr sein möge, entsprechen. Dieser Weg würde auch allen denen eine Befreiung ermöglichen, deren in dem Gesetz aus irgend welchem Grunde nicht gedacht ist. Dem Gesetz würde dann nur noch die Aufgabe bleiben, die zu treffen, die in der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflichten sich lässig gezeigt haben.“

Man darf wohl annehmen, daß alle wahren Patrioten jetzt freudig in die Tasche greifen und ihr Opfer auf dem Altar des Vaterlandes darbringen.

Die Sorge um die Unterbringung der verabschiedeten Unteroffiziere.

Die neuen Heeresvorlagen sind noch nicht einmal im Reichstag zur Beratung gekommen, und schon hegt man die größte Sorge um die vielen Unteroffiziere, die im Laufe der Zeit zur Verabschiedung kommen werden. Dies ist ja auch eine nicht leicht zu lösende Frage, besonders da den Unteroffizieren die größten Berührungspunkte gemacht werden. So liegt die „Post“ in einem Artikel, es genügt nicht, daß den ausscheidenden Unteroffizieren ein „Recht auf Anstellung“ gewährt wird; es müssen den Versorgungsberechtigten auch so viel Zwischenstellen referiert werden, als zu ihrer Versorgung notwendig sind. Mit Prämien von 1000-2000 Mk. werde die Frage nicht gelöst.

Das Problem wird also nicht nur die vielen Unteroffiziere zu erhalten haben, sondern es wird auch schließlich noch viele Stellen freimachen müssen, wenn das der Militarismus für nicht gilt.

Eine Friedensandgebung.

So bei einer Sitzung nach Otrera, am Dienstag, brachte die sozialdemokratische Fraktion des einjährigen Reichstags folgende Resolution der Militär Friedens-

„Die Friedensversammlung richtet an das aus dem allgemeinen gleichen Stimmrecht hervorgegangene Parlament von Elsaß-Lothringen das Ersuchen, sich mit Entschiedenheit gegen den Gedanken eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich zu wenden und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß alle zwischen beiden Völkern schwebenden Streitigkeiten in der Gegenwart wie in der Zukunft auf friedlichem Wege gelöst werden mögen.“

Damit der Landtag Stellung zu dieser Friedensandgebung nehmen kann, wurde die Resolution zunächst an den Seniorenkonvent verwiesen.

Siebenhundertdreißigtausend Mann.

Nach Annahme der neuen Heeresvorlage würde Deutschland fast 800 000 Mann unter den Fahnen haben. Der Bestand am 1. Oktober 1913 würde genau betragen 793 058 Mann, und zwar: 31 237 Offiziere, darunter 441 Generale, 735 Regimentskommandeure, 3273 Stabsoffiziere als Bataillonskommandeure usw., 8179 Hauptleute und Rittmeister, 18 609 Oberleutnants und Leutnants; 2480 Sanitätsoffiziere, darunter 125 Generalschiffsärzte, Generalärzte und Generaloberärzte, 487 Oberstabsärzte, 750 Stabsärzte und 1163 Oberärzte und Assistenzärzte; 865 Veterinäre, darunter 1 Generalveterinär, 34 Korpsstabsveterinäre, 381 Oberstabs- und Stabsveterinäre, 416 Oberveterinäre und Veterinäre, 33 Unterveterinäre; 1593 Oberzahlmeister und Zahlmeister; 2 Armeemusikinspektoren, 58 Werkstättenvorsteher usw., 1126 Waffenmeister, Maschinenisten; 110 Sattler; 107 794 Unteroffiziere, darunter 517 Obermusikmeister und Musikmeister, 1359 Unterzahlmeister, 92 Hartichiere, 161 Schirmmeister, 62 Luftschiff-Obersteuerleute, -Steuerleute und -Untersteuerleute, Luftschiff-Obermaschinenisten, -Maschinenisten und -Untermaschinenisten, 6550 Feldwebel und Wachtmeister, 5939 Bataillonwebel und Bataillonwachtmeister, 4352 Fähndere, 79 406 Unteroffiziere, 6040 Hobbisisten, Hornisten und Trompeter, 660 Bataillonstambours, 2664 Sanitätsunteroffiziere; 647 793 Gemeine, darunter 9536 Kapitulanten, 2791 Obergefreite, 70 057 Gefreite, 2387 Sanitätsgefreite, 558 550 Gemeine, 4472 Ökonomehandwerker. Die Zahl der Dienstpferde soll sich auf 157 788 stellen.

Staatliche Jugendpflege in Anhalt.

Die nationale Jugendpflege soll nun auch in Anhalt, mit finanzieller Unterstützung des Staates, mit Hochdruck betrieben werden. Die Staatsregierung hat dem Landtage eine Vorlage gemacht, wonach alle nationalen Jugendvereine, wie Sänglings-, Turn-, Sport-, Wandervereine und Jungdeutschlandbund-Gruppen einer sich über das ganze Land erstreckenden Organisation unterworfen werden sollen. Die Organisation soll in Ortsausschüsse, Kreisverbände und eine Landeszentralstelle gegliedert werden. Ortsausschüsse und Kreisverbände sollen alle zur Mitarbeit berufenen und bereiten Kräfte innerhalb ihres Bezirks zu gemeinsamen Schaffen zusammenfassen, während der Landeszentralstelle die Aufgabe zugeordnet ist, geeignete Persönlichkeiten für Vortrags- und Regisationsabende, die hauptsächlich vaterländische Stoffe zum Gegenstande haben müssen“ zu vermitteln, Ausbildungskurse für Jugendsekretäre und Vereinsshelfer dazu zu engagieren und die Verteilung der finanziellen Beihilfen des Staates an die einzelnen Ortsausschüsse vorzunehmen. An der Spitze der Landeszentralstelle soll ein vom Staatsministerium zu bestimmender höherer Beamter stehen. Für das Etatsjahr 1913/14 werden erstmalig 12 000 Mark „für Zwecke der Jugendpflege“ gefordert, ein Betrag, der, wie es in der Vorlage heißt, dem Betrage verhältnismäßig entspricht, den Preußen für die gleiche Aufgabe ausgemworfen hat. Von den Kreisen, Gemeinden und Unternehmern wird gleichfalls die weitgehendste finanzielle Unterstützung der nationalen Jugendpflege erwartet.

Bei der ersten Lesung erklärten die Redner der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, daß sie der Vorlage mit Freuden zustimmen und ergingen sich in wütenden Ausfällen gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterjugendbewegung; nur die Unterstützung von 12 000 Mark war ihnen viel zu niedrig. Der Staatsminister erklärte, daß diese Summe für das erste Jahr ausreiche, weil die Organisation erst im Laufe des kommenden Sommers geschaffen werden müsse, im nächsten Jahre wolle er sehr gern mehr fordern.

Ein außerordentlich großes „Verständnis“ bekundeten auch die Unternehmer für die nationale Jugendpflege. Haben doch allein die Unternehmer im Kreise Jersb dem vor schon auf Betreiben des Kreisdirektors ins Leben getretenen Kreisverbände 30 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das Bestreben der Regierung und der Unternehmer, den Arbeitern die Jugend zu entfremden, wird natürlich trotz Anwendung all dieser Mittel erfolglos bleiben.

Balkan.

Zur Lage. Montenegro macht sich nach wie vor manig. Seine Regierung hat auf ein Ultimatum der Großmächte, die Belagerung von Skutari anzugehen, eine ablehnende Antwort gegeben. Nun soll durch die Flotten-demonstration, an der sich Österreich-Ungarn, Italien, England und nach einer letzten Meldung auch Deutschland und Frankreich beteiligen, der montenegrinischen Regierung gezeigt werden, daß die Mächte ihre Forderung mit Nachdruck vertreten wollen. Es sollen in Antivari eventuell, wenn Montenegro nicht nachgibt, Truppen gelandet werden.

Die Türkei hat die nachfolgenden, in einer Note der Großmächte formulierten Vorschläge angenommen: Die unterzeichneten Vorschläge haben die Ehre, der Kaiserlich-Ottomanischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die Mächte, deren Vermittelung die Türkei angenommen hat, sich geeinigt haben, den kriegführenden Staaten folgende Grundlagen für die Friedenspräliminarien vorzuschlagen:

1. Die Grenze des ottomanischen Reiches in Europa wird der geraden Linie folgen, die zwischen Casus und Adria gezogen wird. Alle westlich von dieser liegenden Gebiete werden von der Türkei an die betreffenden abgetreten, mit Ausnahme von Albanien, dessen Abtretung und Verfassungssystem der Bestimmung durch die Mächte vorbehalten bleibt.

2. Die Regelung der Frage der Inseln des Ägäischen Meeres bleibt der Entscheidung der Mächte überlassen.

3. Die Türkei spricht ihr vollständiges Desinteressement an Kreta aus.

4. Die Mächte können dem Verlangen nach einer Kriegsentwöhnung sich nicht geneigt zeigen. Sie räumen aber den kriegführenden Staaten das Recht ein, an den Beratungen der in Paris zusammentretenden internationalen Kommission teilzunehmen, die die gerechte Verteilung der verbündeten Staaten an der ottomanischen Staatsschuld und den finanziellen Lasten der Gebiete zu regeln hätte, die ihnen zufallen. Mit Annahme dieser Friedenspräliminarien werden die Feindseligkeiten ein Ende zu finden haben.

Amerika.

In Mexiko sind erneute Unruhen ausgebrochen. Im Norden wurde der Führer der Revolutionäre, Carranza, zum Präsidenten ausgerufen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 2. April.

Achtung, deutscher Banarbeiterverband! Wegen Nichtzahlung des Tariflohnes für Hilfsarbeiter ist über die Firma Glogner (Wau-Hochsosenwerk) die Sperre verhängt. Kein organisierter Kollege darf dort selbst in Arbeit treten.

Der Zweigvereinsvorstand.

Die Töpfer Lübecks haben gestern die Arbeit niedergelegt, nachdem die Meister den bestehenden Tarif, der bis zum 1. April 1913 lief, am 1. Januar gekündigt hatten und erst am 10. März mit den Gesellen zu Verhandlungen zusammengetreten waren. In den Streit sind sämtliche hier beschäftigten 30 Gesellen eingetreten. Während die Meister gar einige Positionen des bisher gültigen Tarifs verschlechtern wollten, fordern die Gesellen eine Erhöhung der Lohn- und Akkordsätze um 5 Prozent. Diejenigen Positionen des Tarifs, die vor zwei Jahren nicht berücksichtigt wurden, sollen um 10 Prozent aufgebessert werden. Die Gültigkeitsdauer des neuen Tarifs soll nach dem Vorschlag der Gesellen 2 Jahre betragen. Diese Forderungen sind von den Unternehmern vorläufig abgelehnt worden; es finden jedoch erneute Verhandlungen statt, die hoffentlich bald zu einem befriedigenden Abschluß gelangen. Zuzug von Töpfern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Für die Verteuerung des Wasserpreises stimmten in der letzten Versammlung der Bürgerchaft folgende Mitglieder: Georg Reimpell, Schetelig, Schöh, Schulmerich, Schwabroch, Siebers, Söhmann, Legtmeyer, Dr. Wehke, Dr. Wittern, Babenderberbe, Bode, Fandholz, Becker, Benda, Bertling, Boie, Borchert, Bone, Dr. v. Broden, Cuvie, Fr. W. Evers, Johs. Evers, Dr. Gilbert, Dr. Götz, Hahn, Heit, Hinteldeg, Hobe, Jaaks, Jerne, Dr. Jbde, Dr. Käbler, Kahus, Koch, Köhn, Köhnde, Kröger, Lau, Maack, Mangels, Dr. J. Meyer, Mühsam, Paatsch, Petzsch, Pischl, Pump, Mit „nein“ stimmten: Johs. Reimpell, Rosenquitt, v. Schaad, Dr. Schlomer, Schönwald, Schwarz, Stallbaum, Stellung, Thieme, Wittjoot, Wilbers, Bahmann, Bendfeldt, Blund, Böbs, Böger, Bruns, Burwid, Dahms Dühring, Effinger, Gustav Ehlers, Förster, Fuft, Grünau, Haack, Dr. Hartwig, Karl Heinsohn, Wihl, Heinsohn, Heise, Hept, Hoff, Rudolf Köhler, Klein, Köster, Lange, Lippert, Löwig, Mantau, Meyborg, Möller, Neuner, Aug. Paap, Peter Paap.

Der Bürgerausschuß konnte seine für heute vormittag angelegte Sitzung nicht abhalten, da die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl seiner Mitglieder nicht erschienen war.

Zur Angestelltenversicherung. Nach § 51 Ziffer 3 des Versicherungs-gesetzes für Angestellte werden als Beitragsmonate im Sinne der §§ 13, 49 diejenigen Kalendermonate angerechnet, in denen der Versicherte wegen einer Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen. Die an eine Krankheit sich anschließende, mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Genesungszeit wird der Krankheit gleich geachtet. Dasselbe gilt für die Dauer von 2 Monaten bei einer Arbeitsunfähigkeit, die durch eine Schwangerschaft oder ein regelmäßig verlaufendes Wochenbett veranlaßt ist (§ 52). Nicht angerechnet wird eine Krankheit, die sich der Berufstätigkeit vorzüglich oder bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder durch schuldhaftes Betätigung bei Schlägereien oder Raufhändeln zugezogen hat (§ 53). Die Krankheitszeiten werden durch Bescheinigungen nachgewiesen, die von den Gemeindebehörden auszustellen sind. Für die in Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten können die Krankheitsbescheinigungen auch durch die vorgelegten Dienstbehörden ausgestellt werden. Der Angestellte hat den Nachweis zu erbringen, daß er während der Krankheitszeit verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen. Als ausreichender Nachweis werden die gemäß § 1438 der Reichsversicherungsordnung ausgestellten Bescheinigungen der Kassenvorstände anzusehen sein, sofern gegen ihre Richtigkeit keine Bedenken vorliegen und sie ordnungsmäßig ausgefertigt sind (vergl. Ziffer 10 Abs. 3 der Anweisung für die Quittungskartenausgabe vom 20. November 1911 des Handelsministerialblattes S. 429). Inwiefern andere Unterlagen (ärztliche Zeugnisse, Zeugnisse von Krankenhäusern, Bescheinigungen der Arbeitgeber) ausreichen, muß der pflichtmäßigen Prüfung der Gemeindebehörden im Einzelfalle vorbehalten bleiben; sie haben erforderlichenfalls wegen Feststellung der zu bescheinigenden Tatsachen ihrerseits die notwendigen Ermittlungen anzustellen. Ergibt sich, daß der Erkrankte durch die Krankheit nicht verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen, oder daß er für die Zeit der Krankheit das Gehalt fortbezogen hat (§ 170 Absatz 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes), oder daß ein Fall des § 53 deselbst vorliegt, so ist die Ausstellung der Bescheinigung abzulehnen.

Der Bahnbau Schwartau-Neustadt beschäftigte am Sonnabend den Provinzialrat für das Fürstentum Lübeck. Zum Bau der Bahn soll das Fürstentum 12 637 Hektar Land im Werte von 20 913,30 Mk. hergeben. An Beiträgen für den Bahnbau, den Preußen ausführt, haben übernommen: 1. Der Staat Lübeck 1/3 des Gesamtbetrages, jedoch höchstens 80 000 Mk., 2. der Ostseebäderfonds bis zu 30 Proz., jedoch höchstens 100 000 Mk., 3. eine Reihe von Gemeinden des Fürstentums 130 000 Mk., welcher Betrag verhältnismäßig herabzusetzen ist, wenn die Gesamtkosten 300 000 Mk. nicht erreichen. Hiernach sind auch für den Fall, daß die Kosten 282 600 Mk. betragen, keine Zuzüge der Landesherrschaft erforderlich. Alsdann hätten beizutragen: 1. Lübeck 80 000 Mk., 2. Ostseebäderfonds 283 600 x 30 : 100 = 84 900 Mk., 3. Gemeinden 283 000 x 130 000 : 300 000 = 122 633 Mk., zusammen 287 533 Mk. Der Überschub wäre dem Ostseebäderfonds gutzubringen. In der Debatte beschwerte man

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebenen Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Komitee- und Kommissionsitzungen

D. T. V.

Vorstandssitzung
Heute Mittwoch, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

Dankagung.

Für die vielen Beweise unermesslicher Teilnahme sowie reichen Spenden beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes Friedr. danken herzlich
Johs. Reincke und Familie.

Zum 1. Juli eine kleine freundliche Parterrewohnung zu verm., am liebsten an ältere Leute. Preis 140 Mk. (2780) Mädchenstraße 227.

Zu sofort handliche
Zwei-Stuben-Wohnung
in der Chausseest.

Zum 1. Juli eine Drei-Zimmer-Wohnung zu vermieten
Möhleres Chausseest. 18. part. vorne.

Zum 1. Juli eine Zwei- bis Drei-Zimmer-Wohnung in der Stadt, Möbels. Dornstr. a. d. N. E. Nr. 6. 20 Mk. zum n. W.D.N.

Zufall. Wunderliche moderne Garnitur nur 90 Mk. zu verk. Nach Behrstr. 84, par. G12

Ein Kinderwagen auf Gummirollen zu verkaufen
Bei St. Johannis 12-14. pt.

Stannend billig!
Gebrauchte Herren-Fahrräder, sowie ein Knaben- u. ein Mädchenrad billig zu verkaufen.
Güterstraße 48.

Gebrauchtes Fahrrad zu verkaufen.
Güterstraße 49.

Ein Schloßkorb
billig zu verkaufen.
Wohlfahrtsmaler 1.

Ein brauner (2795)
Sitz- u. Diegewagen
zu verkaufen. Güterstr. 32-34. II.

1 Satz Ferkel
zu verk. (2791) Maf. Lichtenhorst 16.

Beerdigungs-Institut Pietät
Heinrich Grimm
Wickedeestr. 4. Fernruf 1234.
Übernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
Beerdigungen mit eigenem Transportwagen.

Saattartoffeln
alt Sorten
einen Posten

Paulsens Juli-Saat
(2. Länge)
pro Zentner Mk. 2.50,
größere Posten billiger

Spethmann & Fischer
Bergstraße 59.
Lübeck 102. (2793)

Geschäfts-Übernahme.

Mit dem heutigen Tage übernehme ich das

Restaurant Burgtorterrasse.

Für gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung werde ich stets Sorge tragen, und bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen wollen.

Hochachtungsvoll

Herm. Freese.

(2798)

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum, Freunden, Gönnern und Bekannten hiermit zur Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das Restaurant

„Neu-Lauerhof“

in Vertretung übernommen habe. (2770)

Indem ich gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung zusichere, zeichne
Hochachtungsvoll

August Busch, Vertreter.

Viele schlaflose Nächte sind ein Opfer, das Tausende von Müttern ihren Säuglingen bringen. Die meiste Schuld an der Unruhe der Kinder trägt eine unrichtige Ernährung, ein Überfüllen der kindlichen Verdauungsorgane mit Stoffen, die nicht genügend leicht verarbeitet werden können. „Mufele“ als Nahrungsmittel bietet hier eine ideale Hilfe, denn es ist nicht nur leicht verdaulich und wohlschmeckend, sondern es wirkt verdauungsregelmäßig und bringt infolge seiner wertvollen Bestandteile die Kinder zu besser, gedeihlicher Entwicklung. (2779)

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen (2782)

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen
gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Pimp-Pimp-Pimp.

Hansa-Käse-Meierei
(2654)

Agnes Bernauer

Tragödie in 5 Akten von Friedr. Hebbel.

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am 6. April sind Bücher à 20 Pfg. bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Triakt

Buntekuh-Kümmel

Lampikern-
Brennerei Buntekuh.

Von den beliebten

Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen

sind wieder neue Sachen eingetroffen; ebenso

Baukasten, Plastilmakasten

zum Formen von Figuren u. a. m.

Allen Lesern des „Lübecker Volksboten“ sehr zu empfehlen.

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Glasscheiben

aller Art billigst, auch im einzelnen.
Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4/4 an.
Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl.
Hüxtertor-Allee 13. — F. 808. (405)

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lübb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Männer- und Frauen-
Sterbekasse „Amicitia“.

Außerordentliche General-Versammlung

am Freitag, dem 4. April,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“

T.O.: Erhöhung der Beiträge,
event. Auflösung der Kasse.
Das Erscheinen der Mitglieder ist
dringend erforderlich. Der Vorstand.

Maler-Krankenkasse.

Versammlung
am Mittwoch, dem 2. April
abends 8 1/2 Uhr präzis
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
Stichwahl zwischen Lübeck und
Strahlund.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Die Verwaltungsstelle Lübeck.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, d. 3. April
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale d. Herrn A. Sabrowski
(Gasthof „Zur Linde“).

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Maifeier.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
2790) Die Distriktsleitung.

Achtung Schwartau.

Mittwoch, den 2. April
abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof Transvaal:
Sitzung des Vergnügungs-
ausschusses mit Kartell und
Partei Vorstand.
Der Vergnügungsausschuss.

Sparklub Alles da.

Versammlung
heute Mittwoch, den 2. April
abends 8 1/2 Uhr
im Polierkrug.
Der Vorstand.
2783)

Achtung!

Zimmerer!

Die Mitglieder-Versammlung am
Donnerstag, dem 3. April findet
nicht statt.
2792) Der Vorstand.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Bezirksversammlungen für Schlutup

am Sonnabend, d. 5. April
abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof „Zur Linde“;

für die Stadt

am Montag, dem 7. April
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung
in beiden Versammlungen:

1. Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Wie stellen sich die Mitglieder zu dem von dem Personal gewünschten 1/8-Uhr-Adenschluß?

3. Genossenschaftliches.
Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bittet
2787) Der Vorstand.

Hausdiener und Fensterputzer!

Sektions - Versammlung

am Donnerstag, den 3. April
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der
Kollegen ersucht
2786) Der Vorstand.
Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund

Solidarität
Ortsgruppe Lübeck.

General-Versammlung

am Donnerstag, dem 3. April
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quartal.
3. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag.
4. Verschiedenes.
2785) Der Vorstand.

Zentral-Hallen

Dankwartsgenbe 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, den 3. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
164. Vorf. i. N. - A. 27. Vorf. i. Donnerst.-N.

Agnes Bernauer.

Ein deutsches Trauerspiel v. F. Hebbel
Schauspielweise.
Freitag, den 4. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
165. Vorf. i. Voll.-N. 27. Vorf. i. Freitag.-N.

Der Schmuck der Madonna.

Große Oper von Wolf-Ferrari.
Opernpreise. 2794
Sonnabend, den 5. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
166. Vorf. i. N. - A. 15. Vorf. i. Sonnabend.-N.

Die lustigen Weiberv. Windsor.

Kom.-phant. Oper von D. Nicolai.
Opern-Preise.
Sonntag, den 6. April 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
167. Vorf. i. im Voll.-Abonnement.

Die verkaufte Braut.

Romische Oper von Fr. Smetana.
Opern-Preise.

Ein Stück deutscher Sozialreform.

Typisch für die Art, wie in Deutschland soziale Reform gemacht wird, ist der sogenannte Arbeiter-
schuß im Gastwirtsgerwerb. Für dieses Ge-
werbe besteht bekanntlich seit 1902 eine Verordnung des
Bundesrats, worin eine Regelung der Ruhepausen für
das gastwirtschaftliche Personal vorgesehen ist. Mit
peinlichster Sorgfalt war fast ein ganzes Jahrzehnt vor-
her die Regierung in „Erwägungen“ eingetreten, es
wurden umfangreiche statistische Erhebungen und Unter-
suchungen angestellt, schließlich mündliche Vernehmungen
von Auskunftspersonen vorgenommen — daß nicht etwa
zu viel geschehe für den Schutz der menschlichen Ar-
beitskraft.

Und das Ergebnis dieser schweren geheimrätlichen
Arbeit? Vorgeschrieben durch die Bundesratsverord-
nung ist: eine achtsündige ununterbrochene Ruhezeit
pro Tag; sodann: alle 14 Tage, in den Städten von
unter 20 000 Einwohnern alle drei Wochen ein Ruhe-
tag; jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren dürfen „nur“
15 Stunden pro Tag beschäftigt werden. Das ist das
Wesentliche des ganzen Arbeiterschutzes. Durchlöchert
wird die Verordnung noch durch eine Bestimmung, nach
der die tägliche Arbeitszeit 60mal im Jahre über-
schritten werden darf. Kaum notwendig zu sagen, daß
die Bestimmungen des Gesetzes auch nur überall dort
innegehalten werden, wo die Machtverhältnisse der Ge-
hilfsorganisation genügend starke sind.

Das Schlimmste an der Verordnung aber ist, daß sie
nur den geringeren Teil der im Gastwirtsgerwerb be-
schäftigten Personen umfaßt, nämlich die gelernten Ar-
beiter, die Kellner, Köche, Köchinnen und die am Büfett
beschäftigten Personen. Der weitaus größte Teil, das
gesamte männliche und weibliche Hilfsper-
sonal bleibt selbst von diesem geringen Arbeiterschutz
ausgeschlossen. Was das bedeutet, zeigt uns die Sta-
tistik: 1907 wurden Oberkellner, Kellner und Geschäfts-
leiter gezählt: 106 000; das übrige Hilfspersonal inklusi-
ve der mithelfenden Familienangehörigen dagegen
zählte rund 308 000. Es ist nicht einzusehen, warum
ein junger Mensch von 14—15 Jahren geschickt ist, so-
bald er als Kellner oder Koch lernt, von den Bestim-
mungen des Gesetzes aber ausgeschlossen bleibt, wenn er
als Liftführer, Page oder Hausdiener beschäftigt ist.
Ebenso ist es mit dem weiblichen Personal: Das „Herb-
mädden“ untersteht dem Gesetze, weil es bei der „Zube-
reitung von Speisen“ beschäftigt ist, das bei schwerer
Arbeit tätige Küchen- und Abwaschmädden bleibt un-
geschützt. Diesen Widerspruch des gesetzlichen Arbeit-
schutzes zu beseitigen, bemüht sich der Verband der Gast-
wirtsgehilfen seit dem Bestehen der Verordnung. Bis-
her vergebens.

In diesen Tagen ist nun wieder eine Petition
beim Bundesrat und beim Reichstag ein-
gegangen, in der die Ausdehnung der Bundesratsver-
ordnung auf das gesamte Personal gefordert wird.
Diese Eingabe ist unter Führung der Gesellschaft für
soziale Reform von einer ganzen Anzahl Korporationen
und Verbände, u. a. auch von der freien Gewerkschaft
der Gastwirtsgehilfen eingereicht worden. Darin wird
die geradezu ungeheuerliche Ausbeutung des Hilfsper-
sonals im Gastwirtsgerwerb, besonders die der Hof-

dieners geschildert. Danach ergab eine von 1201 Hotel-
dienern beantwortete Umfrage des Verbandes der Gast-
wirtsgehilfen — amtliche Untersuchungen fehlen bisher
— eine Beschäftigungszeit von

16—17 Stunden täglich für 303 Personen	= 25,23 v. H.
17—18 „ „ „ 481 „	= 40,5 v. H.
18—19 „ „ „ 177 „	= 14,4 v. H.
19—20 „ „ „ 49 „	= 4,8 v. H.

insgesamt eine Beschäftigung von über 16
Stunden täglich für 1010 Personen 84,10 v. H.
der Beteiligten. Das sind Arbeitsverhältnisse,
die unvermeidlich die Gesundheit der Angestellten rasch
ruinieren müssen, ganz abgesehen davon, daß Personen
mit täglich 17—20stündiger Beschäftigung oder Arbeits-
bereitschaft weder ein geordnetes Familienleben führen,
noch sich in irgend einer Richtung weiterbilden können.
Obendrein hatten von den Befragten 589, also fast die
Hälfte, noch Nachtdienst zu verrichten, und zwar
131 täglich, 244 alle 2 Tage, 119 alle 3 Tage. Ausgehe-
tage, die durchschnittlich etwa 7—9 freie Stunden zu
umfassen pflegen, wurden 329 der Befragten nur ganz
unregelmäßig und gelegentlich, den übrigen fast nie häu-
figer als alle 2—4 Wochen einmal gewährt. In der
Mehrzahl sind es Personen recht jugendlichen Alters,
die als Hotel- und Hausdiener beschäftigt sind. Des-
wegen fordert die oben bezeichnete Petition eine Er-
weiterung des Schutzes für die jugendlichen Angestell-
ten männlichen und weiblichen Geschlechts bis zum voll-
endeten 18. Lebensjahre.

Es wäre wirklich an der Zeit, wenn der Reichstag,
der die Eingabe der Gehilfen wiederholt dem Reichs-
kanzler „zur Berücksichtigung“ überwiesen hat,
endlich ein energisches Wort mit der Reichsregierung
spräche, sodas die berechtigten und bescheidenen Wünsche
der Gastwirtsgehilfen endlich erfüllt würden.

Militaristische Ausdehnungen in Russland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Die Vorgänge der letzten Tage haben mit einem Schlage
das allgemeine Interesse auf die Beziehungen zwischen dem
Offizierkorps und der Gesellschaft gerichtet. Infolge ständiger
Konflikte zwischen den Offizieren und den Studierenden der
Militär-Medizinischen Akademie, denen ein Allerhöchster Be-
fehl das Salutieren vor allen Offizierschergen anbefahl, ist
es in der letzten Zeit zu blutigen Mißhandlungen der Stu-
denten gekommen, die schließlich zu einem Protest der Stude-
nten, zur Schließung der Militär-Medizinischen Akademie und
zu einseitigen Sympathiestreiks auf zahlreichen Hochschulen
geführt haben. Durch das brutale Vorgehen der Regierung
und ihrer Prätorianer ist es nun soweit gekommen, daß die
Studierenden einer privilegierten Hochschule, zu einem großen
Teil Stipendiaten der Regierung und militärisch bis in die
Knochen, nach Abhaltung ihrer Protestversammlung vor
den Augen des Publikums ihre Akseffappen und Kokarden
abriffen, und den Besuch der Vorlesungen bis zur Aufhebung
des Salutierbefehls einstellten. In Verbindung damit ist
nun auch in allen anderen Hochschulen eine heftige Gärung
ausgebrochen, die in der Erregung breiter Kreise der Gesell-
schaft einen dankbaren Boden findet.

Es wäre verfehlt, die geschilderten Vorgänge isoliert zu
betrachten. Hier handelt es sich weniger um den Protest die-
ser oder jener Schicht der Studierenden; als um das spontane
Aufbäumen der öffentlichen Meinung gegen die unerträglich-

Ausdehnungen der Offizierschergen, die in den letzten Jahren
immer ärgere Formen angenommen haben. Im Bewußtsein
ihrer völligen Straflosigkeit begehen die uniformierten Kauf-
bolde aus dem russischen Offizierkorps täglich die wüsten
Militärkräfte gegen die Zivilbevölkerung, und die Regierung
fordert bewußt diese Ausdehnungen, um den Ball zwischen
der Bevölkerung und dem Offizierkorps immer mehr zu ver-
fälschen. Denselben Beistand entspringt auch die immer
heftiger werdende Militarisation aller mit dem Heer in Ver-
bindung stehenden Institutionen, unter anderem auch der
Militär-Medizinischen Akademie in Petersburg. War die
Heranziehung von Ärzten für den Armeedienst nicht zu um-
gehen, so sollte wenigstens die für die Heranzüchtung von
Militärärzten bestimmte Akademie vom Geiste der Kaserne
und des unbedingten Kadavergehorsams erfüllt werden. Die-
sem Zweck diene der Befehl des Zaren vom 27. November
vorigen Jahres, nach dem die Studenten selbst den jäh-
rigen militärischen Ehrenbezeugungen erweisen müssen.
Da die Studenten diesen Befehl boykottierten, fanden
namentlich die jüngeren Offizierschergen Gelegenheit, an den
verhafteten Studenten ihr Mißfallen zu äußern. Auch dies war
eine notwendige Folge des „Erziehungssystems“, das zur
Schaffung einer blind ergebenden reaktionären Prätorianer-
garde in allen russischen Offizierschulen gehandhabt wird.
So heißt es beispielsweise in dem Buch von Kullschitzky, „Nat-
schlagen an den jungen Offizier“, daß den Absolventen der
Offizierschulen als Leitfaden empfohlen wird, für den Fall
von Zusammenstößen mit der Zivilbevölkerung: „Streck den
Kerl auf der Stelle zu Boden, und unbedeutend mit einem
Schlage“. Fürchte den Lebenden, denn der Tote ist auch vor
Gericht ungeschädlich. Ein Verwundeter oder ein Krüppel ist
eine Last, den man Infolge Befehls der Experten und des
Gerichtes als arbeitsunfähig sein Belagel unterhalten muß.“
Bei einem Mord jedoch, den der Offizier zum Schutze seiner
beleidigten Ehre begangen habe, komme er leichter davon.
„In der Praxis wurden bisher alle ähnlichen Angelegen-
heiten vom Kriegsgericht oder noch früher von der vorgelegten
Behörde der Gnade des Monarchen überwiesen, und die
Strafe wurde entweder völlig aufgehoben oder bedeutend
gemildert.“ Diese kurzen Auszüge aus den offiziellen Rat-
schlägen an die jungen Offiziere genügen zur Kennzeichnung
des Geistes, den die Regierung vollkommen bewußt in die
Reihen des Offizierkorps hineinträgt.

Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Maßnahmen der Re-
gierung in einem gewissen Sinne Erfolg gehabt haben. Die
militarischen Kräfte des Landes verhalten sich nicht
immer mehr, d. h. die höheren und niederen Befehlshaber in
der Armee treten immer selbstbewußter auf und vertiefen
nicht nur die Kluft zwischen dem Offizierkorps und der Be-
völkerung, sondern schüren auch durch ihre Gewalttätigkeit,
durch ihren Absolutismus in der Armee den schwelenden
Haß des gemeinen Mannes zum Offizier immer höher an.
Den weitestgehenden Elementen im Offizierkorps ist diese Tat-
sache kein Geheimnis. Eben weil sie die Rehrseite der Me-
daille kennen und die Zerfegung der militärischen Kräfte, täg-
lich vor Augen haben, sind die maßgebenden Kreise in der
Armee Gegner einer Politik, die Russland in einen Krieg mit
einem moderner Staat verwickeln könnte. Aber auch abge-
sehen von diesen Elementen scheint die Zahl der Offiziere in
der Armee zuzunehmen, die in den heutigen militärischen
Ausdehnungen Anzeichen einer gefährlichen Entwicklung
sehen. In dieser Beziehung haben die letzten Vorgänge in
der Militär-Medizinischen Akademie recht wertvolle Bei-
träge geliefert. Sah sich doch selbst die offizielle „Kossitz“ zu
dem Geständnis gezwungen, daß auch die Offiziere mit der
Brutalisierung der Studenten unzufrieden seien. Und die
Abwendung einer von 7 Offizieren unterschriebenen Symp-
athieerklärung für den verwundeten Studenten Markowin
an die Redaktion des sozialdemokratischen Arbeiterblattes
„Rutsch“ (die die Redaktion aus begründlichen Gründen nicht
veröffentlichen konnte) stellte die Öffentlichkeit vor die ver-

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(7. Fortsetzung.)

„Weil ich nicht die Welt regiere? rief Herr Freje in die
Hände klatschend, das ist ein köstlicher Einfall! Aber wenn
ich die Ehre hätte, die Welt zu regieren, ich wollte eine andere
Ordnung darin halten. — Die alte Sitte und Sittlichkeit ist
ihre wieder bei und die alte Ehrfurcht. Sehen Sie, Frau Nach-
barin, das ist die Sache. Sonst war Respekt in den Menschen,
jetzt haben sie vor nichts mehr Respekt; jeder Hanswurst denkt,
er sei so viel als der andere, und noch ärger: das Bettel-
gesindel glaubt ein Recht zu haben, mit denen zu teilen, die
etwas besitzen. — Das nennen sie soziale Frage! Ich er-
lachend, und zerbrechen sich die Köpfe, wie die Teilung am
Besten vor sich gehen kann.“

Darum ist es besser, sagte der Doktor, sich zu ihm wen-
dend, man gibt freiwillig, was man zu geben vermag.
Geben! erwiderte Herr Freje, wie so geben? — Wir
leben ja wahrhaftig schon so viel, daß es eine wahre
Schande ist.

Haben Sie Kinder? fragte der Doktor.
Kinder? — Ja! — Was wollen Sie damit sagen? fragte
der alte Herr gereizt.

Ah, verzeihen Sie, ich hatte vergessen, daß Sie noch nie-
mals vermählt waren, fuhr der Doktor mit einem spöttischen
Anflug fort; aber haben Sie keine Verwandten?

Verwandte? Was soll ich mit Verwandten tun? rief der
alte Herr verwundert den Kopf schüttelnd.

Es ist wahr, sagte die Geheimrätin, ich habe noch nie von
Ihren Verwandten etwas gehört.

Ich habe auch keine, verzeihe Herr Freje, und danke dem
Himmel dafür; denn Verwandte sind gewöhnlich Ungeziefer,
das uns bei lebendigem Leibe verzeihen möchte.

Aber sagen Sie mir doch, fiel Wilberg ein, was Sie mit
Ihren vielen Gelde machen wollen?

Mit meinem vielen Gelde? fragte der alte Herr, die
Stirne faltend. Woher wissen Sie denn, daß ich viel Geld
besitze?

Ich weiß es allerdings nicht, aber ein Mann, wie Sie, der
dreißig oder vierzig Jahre lang mit Häusern und Gütern spe-
kuliert und sich dann zurückgezogen hat —

Dreißig, vierzig Jahre! rief Herr Freje mit schallendem
Gelächter. Vor vierzig Jahren lag ich fast noch in der Wiege,
mein weiser Herr Doktor, und ich sollte denken — er warf
einen Seitenblick in den Spiegel — daß ein solcher Irrtum
nicht gut zu machen wäre.

Ich bitte um Entschuldigung, sagte der Doktor, dem es
Vergnügen machte, den alten Herrn zu peinigen, ich erzählte
nur, was ich gehört habe. — Der alte Herr Freje, sagt man,
ist reich, sehr reich!

Die Elenden! Der alte Herr Freje! Es ist lächerlich!
rief Herr Freje.

Der alte Herr Freje hat Schätze zusammengescharrt, fuhr
der Doktor fort, und hat keine Erben. Was wird er mit
seinem Gelde machen?

Was ihm beliebt! fuhr der alte Herr dazwischen.

Es wird ein herrenloses Gut werden, wenn er es nicht den
Armen vermachet, den Darbenden und Leidenden, und darum
sollte er schon bei Lebzeiten den Anfang machen und seine
milde Hand ausstrecken gegen seine einstigen Erben.

Die Bettler, die Vagabunden, die Taugenichtse! rief Herr
Freje, indem er eine mächtige Prieze nahm. O! ich kenne
das, ich bekomme Bettelbriefe genug, und in früherer Zeit —
o, ja wohl, damals haben andere Leute mir auch dergleichen
dunnes Zeug gesagt.

Was wollen Sie aber machen, wenn der Tod allen Besitz
beendet?

Weichen Sie mir mit dem Tod vom Hals; ich habe noch
lange Zeit, das zu überlegen.

Immerhin, allein darum bleibt es doch wahr, daß, was
der Erde angehört, hier zurückbleiben muß und andern zu-
fällt, und eben deswegen ist irdisches Gut und Geld ein Bei-
sitz, den man mit Weisheit gebrauchen und verwenden soll, um
das Unrecht auszugleichen, unter dem die menschliche Gesell-
schaft leidet.

Schnidtschnad! rief Herr Freje. Sie sprechen gerade so,
wie die Weltverbesserer, die mir immer unausstehlich gewesen
sind. Solchem Ansin verdammt man all die Unruhen und
Empörungen gegen Gesetz und Obrigkeit, die jetzt Mode sind.
Erwidert dir was, so hast du was, und hungere, wenn du nicht
fleißig bist! Das ist ein altes gutes Sprichwort. Dabei
war auch Recht und Ordnung. Lesen Sie nur heute die Zeitungen,
fuhr er dann fort, es steht wieder eine ganz greuliche Ge-
schichte darin, an der man sehen kann, wie weit die Frech-
heit geht.

Was ist es für eine Geschichte, Herr Freje? fragte die Ge-
heimrätin.

Eine schreckliche Begebenheit von der Grenze, sagte der
alte Herr. Die Obrigkeit legt Zölle auf die Waren, was sehr
weisse von ihr ist, denn wenn sie das nicht täte, müßte das
Geld von uns aufgebracht werden.

Und Sie bezahlen nicht gern Steuern und Abgaben.

Ich sehe nicht ein, warum ich Abgaben bezahlen soll, er-
widerte Herr Freje; allein das rechte Volk an der Grenze be-
trägt die Obrigkeit, läßt des Rechts mit großen Fäden ins
Land hinein und schlägt die Grenzwächter tot, wenn diese
ihnen das Handwerk legen wollen. — So ist es denn neulich
erst einem Steuerinspektor gegangen, der eine solche Bande
ankamfen wollte. — Hier steht, sehen Sie da, es ist nun eine
Untersuchung angestellt, in welche Personen von Ansehen in
der Gegend verwickelt sind.

Kennt man denn auch die Täter? fragte die Geheim-
rätin.

Lesen Sie es vor, Herr Doktor, sagte Herr Freje; Sie sehen
ja ganz erschüttert aus von dem Unglück. — Sehen Sie, das
entspringt aus Ihren Lorbeeren.

Wer sagt Ihnen, daß ich, daß meine Lorbeeren etwas
damit zu schaffen haben? rief der Doktor, indem er sich auf-
richtete und eine dunkle Rote sein Gesicht überzog.

Herr Freje war bestürzt über diese unerwartete Heftig-
keit. — Nun, nun! sagte er, ich bin so ein aller ehrlicher
Deutscher, der die Wahrheit nicht verschweigen kann, aber die
modernen Grundsätze über das Mein und Dein, über Recht
und Macht der Obrigkeit bringen Mord und Todschlag
herauf.

Aber, Gustav, fügte die Geheimrätin mißbilligend hinzu,
Herr Freje hat Dich ja nicht beleidigen wollen.

Gewiß nicht, erwiderte Wilberg, ich kenne unsern Nach-
bar und nehme ihm so leicht nichts übel, aber diese Geschichte
— es ist eine gewöhnliche Schmuggelgeschichte, fuhr er fort,
indem er in die Zeitung blickte, wie sie tausendmal vorkom-
men. Grenzbeamte verfolgen einen Wagen —

Ein Kadriolekt, sagte Herr Freje.

Schiffe fallen, das Pferd des Grenzbeamten scheidet, bäumt
sich, schlägt hintenüber und verlegt den Zollinspektor so, daß
er daran gestorben ist. — Er warf das Zeitungsblatt auf den
Tisch.

Die Geheimrätin ergriff es und las den Artikel, während
Herr Freje nachdenkend den Finger an seine Nase legte und
langsam sagte: Es ist schrecklich, daß selbst würdige Männer
von hohem Ansehen durch solche Böswichte umkommen
können.

Offentlich werden sie dem Richter nicht entgehen, fiel
die Geheimrätin ein.

Gustav wendete sich rasch um; es war ihm unmöglich,
seine Mutter anzusehen. So blieb er am Fenster stehen, wäh-
rend der alte Herr mit Eifer auseinanderlegte, wie dergleichen
heißlose Duden jetzt gar nicht mehr gerechtemäßig geschäftigt
werden, wie früher, und statt gehörig gepeinigt, gepöppelt und
... vom Leben zum Tode gebracht zu werden, gewöhnlich
begnadigt würden. Sonst gab's alle Augenblicke einen armen
Sünder oder einen Kerl, der Spiekruten laufen mußte, rief
er bedauerlich, und das Volk nahm ein Beispiel daran und
prägte sich die gute Lehre ein; jetzt laufen sie in die Kommode,
um einen verurteilten zu sehen, und wollen die Todesstrafe
ganz abschaffen. Es ist unerhörte, wie weit es mit uns kommt!
Kein Mensch wird seines Lebens mehr sicher sein, und was
wird denn dem Mörder im Kadriolekt geschehen, wenn sie ihn
haben? Ein paar Jahre ins Zuchthaus hinein, das ist die
ganze Herrlichkeit, damit kommt er davon, wenn er ein wenig
pöppig ist.

(Fortsetzung folgt.)

klüffende Tatsache, daß der sozialdemokratische Bazillus selbst in die Reihen des gehätseltesten russischen Offizierkorps Eingang gefunden hat.

Aus der Partei.

Der letzte Kursus der Parteischule ist am vergangenen Sonntagabend zu Ende gegangen. Im Namen des Lehrerkollegiums richtete Genosse Heinrich Schulz einige Abschiedsworte an die Schüler. Er knüpfte an das Lassalle'sche Wort an: „Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als unten im Gewühle des täglichen Lebens.“ Die Parteischule wolle der Vereinigung der Wissenschaft und der schaffenden Arbeit in dem Sinne dienen, wie sie Lassalle sich als Lebensziel gestellt hatte. Aber während der kurzen Schulzeit könnten die Schüler nur die Methode des „Bergsteigens“ der wissenschaftlichen Arbeit kennen lernen. Es sei Sache jedes einzelnen Schülers, auch nach der Schulzeit sich in dieser Methode dauernd zu üben, damit er sich „im Gewühle des täglichen Lebens“ den Blick für die gesellschaftlichen Zusammenhänge und für die Zukunftziele der Arbeiterklasse offen halte. Die wissenschaftliche Arbeit habe keinen Wert, wenn sie Schulweisheit bleibe; sie gewinne erst ihren wahren Wert, wenn sie dem Leben, dem Kampf um höhere Kulturziele diene. — Genosse Hermann Müller mündete den scheidenden Parteischülern im Namen des Parteivorstandes, daß sie den rechten Gewinn für sich und für die Partei aus den sechs Monaten davontragen möchten. Die Parteischule solle tätigen Genossen die Möglichkeit bieten, sich für einige Zeit von dem verwirrenden Virellet der praktischen Arbeit in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft zu sammeln, um aber wiederum die vermehrte theoretische Erkenntnis im Interesse der mannigfaltigen Praxis anzuwenden. — Genosse Trinks-Karlsruhe sprach im Namen der Schüler seine Freude und Genugtuung über die Schulzeit aus. Jeder einzelne Schüler werde sein Bestes einsehen, um der Partei durch vermehrte Tätigkeit zurückzuführen, was sie ihm in den sechs Monaten gegeben habe.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. Die Zahl der im Kampfe stehenden Mitglieder des Malerverbandes ist nach dessen letzten zusammengefügten Ermittlungen vom 29. März auch in der vergangenen Woche weiter zurückgegangen. Während die Ausgesperrtenziffer (einschließlich der Streikenden und Arbeitslosen) am 15. März 15770 betrug, sank sie bis 22. März auf 15501, und am 29. März betrug sie noch 14905. Und dieser Rückgang um 596 seit dem 22. März ist eingetreten, trotzdem der Malerverband selbst zahlreiche Betriebe still legte und die Führer des Unternehmerverbandes verzweifelte Anstrengungen machten, mit dem schlimmsten Terrorismus auf nicht aussperrende Unternehmer einzuwirken. Die einzelnen Gebiete sind gegenwärtig nach, wie folgt, beteiligt: Berlin, Provinz Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zählen 3586 Ausgesperrte, Hessen-Nassau und Darmstadt 1970, Nordwestdeutschland 3557, Rheinland-Westfalen 1432, Königreich und Provinz Sachsen und Thüringen 2367, Württemberg, Baden Elsaß-Lothringen 1002 und Bayern weist 991 Ausgesperrte auf. Der Unternehmerverband erläßt jetzt eine offizielle Erklärung, in der er von 36150 Ausgesperrten jabuliert. Obwohl er nun die oben aufgeführten Zahlen des Malerverbandes als aus den Fingern gelogen bezeichnet, gibt er selbst zu, daß sich in seiner Zahl von 36150 Ausgesperrten 8207 Gehilfen befinden, die angeblich den bekannten Rovers unterworfen haben. Abgesehen davon, daß die letzte Ziffer viel zu hoch gegriffen ist, kann wohl kein vernünftiger Mensch die in den Betrieben ruhig weiter Arbeitenden als ausgesperrt bezeichnen, und die 11800 Arbeitslosen bestehen natürlich auch nur in der Phantasie des Unternehmerverbandes, denn der Malerverband stellte nur rund 2000 fest, und der muß es doch wissen, weil er die Arbeitslosen mit unterwirft, also diese sich bei ihm sämtlich melden. Danach müßten rund 6000 unorganisierte Arbeitslose vorhanden sein; das aber glaubt den Unternehmerführern kein Mensch. In Wahrheit sind die 11800 Arbeitslosen des Unternehmerverbandes jene Gehilfen, die man gern mit ausgesperrt hätte, damit das hohe Ziel des Kampfes erreicht werde, nämlich: den Kampffonds des Malerverbandes anzubringen. Doch viele Unternehmer sträubten sich, bei dem friedlichen Kampfe mitzutun. Rechnet man die vom Unternehmerverband aufgeführten Arbeitslosen und Kesslarbeiter von seinen 36150 ab, so verbleiben 16143 wirklich Ausgesperrte, also ungefähr genau so viel, wie die Gehilfenverbände auch angeben. Das Zahlenmanöver des Unternehmerverbandes ist danach einfach grober Unfug, der dazu dienen soll, die Öffentlichkeit ebenso wie die Arbeitermeister grüßlich zu täuschen.

Arbeitswillige Revolverhelden in Kassel. Von Ausgrenzungen freier Transportarbeiter, die sich am Sonntag in Kassel ereignen haben sollen, wo seit einer Woche 100 Möbelträger sich im Auslande befinden, weiß die bürgerliche Presse in sensationeller Aufmachung unter der üblichen Überschrift zu berichten. Zu der Marktstraße soll es zu einem Zusammenstoß zwischen streikenden und arbeitswilligen Möbelträgern gekommen sein, wobei einer der Streikenden durch Revolverkugeln schwer verletzt worden ist. Zu dem Vorfall wird uns aus Kassel gemeldet, daß auf Grund einwandfreier Aussagen unbeteiligter Personen die völlige Unschuld der streikenden Möbelträger feststeht. Einer derselben namens Othmar ging allein durch die Marktstraße und begegnete hier vier arbeitswilligen, unter denen sich einer besaß, mit dem er von Jugend an befreundet ist. Othmar sprach diese an und bat ihn mit gültigen Worten, doch die Streikarbeit einzustellen. Als den anderen drei arbeitswilligen das Gehörte wohl zu lange währte, riefen sie Othmar zu sich und schloßen sich zu ihm. Von drei Kugeln an den Kopf und einer an der Schulter getroffen, brach Othmar zusammen; doch fand seine Verletzungen glücklicherweise nicht so schwer, da es den Geschossen infolge der weiten Entfernung an der Durchdringung fehlte. Durch die Schießereien aufmerksam gemacht, eilten darauf aus einer in der Marktstraße gelegenen Kaffeehaus einige streikende Transportarbeiter hinzu, nahmen den Revolverhelden die Schuss- und Schlägen ab, worauf die Polizei die drei arbeitswilligen verhaftete. — Diese Darstellung bestätigt ein Arzt, der Othmar versorgt hat und die Anschuldigungen der Streikbrecher vom Herd ihrer Behauptung aus genau beobachtet. Die arbeitswilligen Transportarbeiter, unter denen sich seit Freitag 20 aus Hamburg importierte Hühnerbräder befinden, beschwerten sich überhaupt nicht über provokatorisch. Bei jeder Gelegenheit drohen sie mit dem Revolver, jedoch die Polizei auf Grund der Aussagen durch die Streikenden des Transportarbeiterverbandes schon in mehreren Fällen zur Unterbrechung der Streikarbeit gezwungen wurde.

Ein Vorkommnis der Vergeltung im Hammacher. In Hammacher hat es sich seit dem Sonntag als Dreierkampf der gewalttätigen Straußlinge ereignet. Am 23. März haben die drei Straußlinge des Hammacherer Straußenschießens und haben den diesjährigen, eine Vorkommnis der Vergeltung im Hammacher.

würdigen zu können, muß man wissen, daß die Gesamtbelegschaft in diesem Revier etwa 16000 Mann beträgt. Der alte Bergarbeiterverband hat in diesem Revier etwa 1100 Mitglieder, während die Christlichen nach ihrer Abrechnung höchstens 8000 Mitglieder zählen. Die Konferenz der christlichen Vertrauensleute hat aber auch gleich beschloffen, diese Bewegung mit dem Verbands gemeinsam zu machen, wenn der Verband sich den von ihnen aufgestellten Bedingungen unterwirft. Diese Bedingungen gehen dahin, daß der Verband während der Bewegung die Christlichen nicht bekämpfen darf und daß er nach der Bewegung nur „anständig“ gegen die Christlichen kämpfen darf. Er darf an unorganisierte keine Streikunterstützung zahlen. Die Christlichen wollen die Vertreter des Verbandes in einem zu bildenden gemeinsamen Streikkomitee bestimmen. Zu dieser sonderbaren Einladung nahm eine Konferenz der Vertrauensleute des Verbandes am 30. März in Aachen Stellung, die von 64 Delegierten besetzt war. Die Anmaßungen der Christlichen wurden von allen Rednern zurückgewiesen. Es wurde aber auch bezweifelt, daß die Christlichen überhaupt eine ernsthafte Lohnbewegung beabsichtigten, sie würden jedenfalls wieder nur eine Komödie aufführen; eine solche könne und würde der Verband aber nicht mitmachen. In einer längeren Resolution wurde dann der Standpunkt der Konferenz genau präzisiert. In dieser Resolution wird u. a. ausgesprochen, daß die Vertreter des Bergarbeiterverbandes es entschieden ablehnen müssen, sich Bedingungen zu unterwerfen, die nicht in einer gemeinschaftlichen Konferenz der beiderseitigen Organisationsleitungen vereinbart worden sind. Weiter müßten die Verbandsvertreter es entschieden verurteilen, daß die Bezirksleitung des Gewerksvereins der Öffentlichkeit und damit auch den Grubenbesitzern durch die Zentrumspreffe Mitteilung mache von der beabsichtigten Lohnbewegung, ohne mit der Verbandsleitung irgend welche Rücksprache zu nehmen. Zur Sache selbst sprach sich die Konferenz dahin aus, daß es im Interesse der Bergarbeiter im höchsten Maße zu bedauern sei, wenn die Bezirksleitung des Gewerksvereins auf die am 25. Februar 1912 vom Verbandsvertreter Schöffler an sie gerichtete Einladung zu einer gemeinsamen Aussprache wegen der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die hiesigen Bergarbeiter unbedingt ablehnend geantwortet habe. Im vorigen Frühjahr sei die Zeit zur erfolgreichen Durchführung einer Lohnbewegung außerordentlich günstig gewesen, da zu dieser Zeit sowohl in England und Belgien, wie auch im Ruhrrevier und fast allen deutschen Bergrevieren die Bergarbeiter unzweifelhaft willens waren, ihre Lage evtl. durch einen Lohnkampf aufzubessern. Damals hätten die Wurmbergleute nicht isoliert zu kämpfen brauchen. Es wird dann weiter darauf verwiesen, daß die geringe Lohnsteigerung, die übrigens vielfach durch Überbeschäftigung erzielt wurde, nur etwa 7 bis 8 Prozent ausmache, während die Lebensmittelpreise im Aachener Revier um 20 bis 25 Prozent gestiegen sind. Diese lange Arbeitszeit und die fortgesetzte Antreiberei machten auch die außerordentlich hohe Krankenziffer unter den Wurmbergleuten begreiflich. Deshalb sei es selbstverständlich, daß die Vertreter des Bergarbeiterverbandes nicht nur eine den Feuerungsverhältnissen angemessene Lohnaufbesserung, sondern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf ein die Gesundheit der Bergarbeiter weniger gefährdendes Maß für unbedingt notwendig erachten. Weiter sagt dann die Resolution: „Trotz des einseitigen Vorgehens der Bezirksleitung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter spricht die Konferenz die Bereitwilligkeit aus, sich an einer Lohnbewegung zu beteiligen. Allerdings unter der Voraussetzung, daß eine solche von der Bezirksleitung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter ernstlich beabsichtigt und nicht nur auf eine Täuschung der Kameraden berechnet ist. Das Verhalten der Gewerksvereinsleitung bei den letzten Lohnbewegungen und Kämpfen der Bergarbeiter gebietet den Verbandsvertretern jedoch, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, bis die Gewerksvereinsleitung ihren ersten Willen, die Bergarbeiterinteressen event. bis zur äußersten Konsequenz zu vertreten, zweifellos dargetan hat. Da die Bezirksleitung des christlichen Gewerksvereins es nicht für notwendig hielt, von vornherein die Verbandsleitung zu einer Besprechung über eine einzuleitende Lohnbewegung einzuladen, vielmehr auf eigene Faust schon Bedingungen formuliert und ebendrei den Aktionsplan der Öffentlichkeit unterbreitete, erachtet die Konferenz in diesem Stadium eine gegenseitige persönliche Aussprache der beiderseitigen Organisationsvertreter für überflüssig. Sie beauftragt die Verbandsleitung, die weiteren Schritte des Gewerksvereins abzuwarten. Zu welchem Ende aber auch die einseitig eingeleitete Lohnbewegung kommen wird, das bisherige Verhalten der Verbandsleitung bürgt dafür, daß die Verbandsmitglieder zu keinem Streikbruch kommandiert werden. In dieser Hinsicht kann die Gewerksvereinsleitung vollkommen beruhigt sein. Die Verbandsvertreter glauben der Gewerksvereinsleitung nicht mehr, können nicht glauben, daß sie ernsthaft die Interessen der Bergarbeiter vertreten will. Will sie uns vom Gegenteil überzeugen, dann mag sie Tatsachen sehen lassen und dann werden die Verbandsmitglieder zuverlässige Bundesgenossen sein und Solidarität üben.“ Es liegt nun an den Christlichen, zu zeigen, ob sie ernsthaft eine Lohnbewegung führen wollen.

Aus Nah und Fern.

Kaiserlicher Flügeladjutant und Bürger. Das Kommandantur- und das Gouvernementsgericht von Berlin beschloffen sich dieser Tage mit einem Vorfall, der sich im letzten Herbst in einem Zuge auf der Berliner Stadtbahn zwischen dem Obersten und Flügeladjutanten des Kaisers Freiherrn von Senden und dem Kaufmann Paul Sternberg abspielte. Der Vorgang, der die bodenlose Ueberhebung einer gewissen Klasse gegenüber der schaffenden Bevölkerung in greiflicher Beleuchtung zeigt, spielte sich wie folgt ab: Am 30. Oktober v. J. war infolge des Eisenbahnunglücks an der Marienauer Straße in Berlin die Beförderung der Stadtbahnpassagiere auf den Gleisen der Stadtbahn nicht möglich. Die Bahnenverwaltung traf daher die Anordnung, daß die Stadtbahnpassagiere mit den Fernzügen befördert werden sollten. Dem Kaufmann Sternberg, der vom Bahnhof Charlottenburg die Stadtbahn benutzen wollte, wurde von einem Bahnamten, da der Zug voll besetzt war, zugleich mit mehreren anderen Fahrgästen ein Kuppe erster Klasse angewiesen, in dem sich bereits ein Fahrgast, der Freiherr von Senden, befand. Während der Fahrt kam es zwischen dem Freiherrn v. Senden, der sich offenbar darüber ärgerte, daß sein Kuppe besetzt worden war, und dem Kaufmann Sternberg zu einem Konflikt, das schließlich mit der Entjernerung Sternbergs aus dem Abteil erster Klasse endete. Herr Sternberg ermittelte dann, daß der Herr, der ihn aus dem Abteil so elegant hinausgeschoben ließ, der Flügeladjutant des Kaisers, Freiherr v. Senden, war. Da nun Herr Sternberg der Ansicht war, daß nach der preussischen Verfassung alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich sind, so ließ er durch seinen Rechtsbeipand den Herrn Flügeladjutanten auffordern, ihn wegen seines Benehmens schriftlich zu entschuldigen. Da aber eine Entschuldigung nicht erfolgte, ersuchte Herr Sternberg Strafanzeige beim Kommandanturgericht. Dieses leitete jedoch die Er-

öffnung eines Verfahrens gegen Oberst v. Senden ab. Die Zeugenvernehmung ergab zwar die Richtigkeit der Angaben des Kaufmanns Sternberg; gleichwohl stellte das Kommandanturgericht fest, daß Freiherr v. Senden „in Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen gehandelt“ habe, wenn er das Verhalten des Kaufmanns Sternberg als „ungebührlich kritisierte“. Festgestellt wurde sogar, daß die Anwesenheit eines gewöhnlichen Zivilisten in dem erstklassigen Abteil, das der Herr von Senden, Flügeladjutant des Kaisers, benutzte, von ihm als „Schweinererei“ bezeichnet wurde. Das Gouvernementsgericht erließte darin aber gar keine Verurteilung des Bürgers Sternberg, sondern frant und frei erklärte das Gericht, daß es darin nur eine drastische Bezeichnung des herrschenden abnormen Zustandes als Ausdruck seines Unmutes erblende und begreiflich finde. Die Beschwerde des Kaufmanns Sternberg gegen diese Entscheidung wurde vom Gouvernementsgericht zurückgewiesen. Dieses Gericht stellte obendrein fest, daß der beschuldigte Flügeladjutant nur sein Recht wahrgenommen habe, wenn er den Stationsbeamten um Entfernung des Fahrgastes, durch den er sich belästigt fühlen konnte, gebeten hat. Im übrigen schloß sich das Gouvernementsgericht den Ausführungen des Kommandanturgerichts an. Ob wohl im umgekehrten Falle Herrn Sternberg ähnliche Äußerungen, wie sie der Oberst und Flügeladjutant Freiherr von Senden tat, vielleicht doch teuer zu stehen gekommen wären?

Vom Spiel in den Tod. Die neun Jahre alte Tochter des Schuhmachers Bonnet getret in Berlin beim Spielen unter die Räder eines Automobils und wurde so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb.

Das Pflaster auf die Wunde des kaiserlichen Güterpächters. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet: „Der Güterpächter Solt in Rehberg ist von der Wachtung des zur Gadinen Besingung des Kaisers gehörigen Gutes Rehberg zurückgetreten. Die Auflösung des Pachtverhältnisses ist auf Grund einer unter Zuziehung der Landwirtschaftskammer für Westpreußen zustande gekommenen, beide Parteien voll befriedigenden Vereinbarung erfolgt. Dem bisherigen Pächter des kaiserlichen Gutes ist zugleich der Kronenorden vierter Klasse verliehen worden.“ — Erst als unfähig bezeichnet, dann mit dem Kronenorden geschmückt!

Jagows neuester Erlass. Der Kampf gegen die Putznadeln der Damen, der durch Aufforderungen und Mahnungen in den Straßenbahnwagen, Omnibussen und in der Presse geführt worden ist, hat in Berlin keinen durchschlagenden Erfolg gezeitigt. Der Regierungspräsident v. Jagow sieht sich daher genötigt, den Putznadeln durch folgende Polizeiverordnung, die am 15. April in Kraft tritt, entgegenzutreten: § 1. Das Tragen ungesicherter, herorstehender Putznadeln ist verboten. § 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach den sonstigen gesetzlichen Vorschriften eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mk., im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.

Millionenpfeile. Das altangesehene Bankhaus Gustav Puppe in Küstrin hat Konkurs angemeldet. Es handelt sich um Millionen, die verloren gehen. Viele kleine Leute haben alles Ersparte eingebüßt, aber auch größere Geschäftsleute sind in Mitleidenschaft gezogen. Der Inhaber des Bankhauses, der zahlreiche Ehrenämter bekleidet, ist mit seinem Sohne geflohen. Aber das verbreitete Gerücht, Vater und Sohn hätten in Berlin Selbstmord begangen, war eine sichere Nachricht einzuziehen nicht möglich.

Der Bürgermeister der Stadt Uedow, Troemel, der, wie erinnerlich, bereits längerer Zeit spurlos verschwunden war, dann aber von Paris nach Uedow zurückkehrte, wo er nach Einleitung des Verfahrens wieder ins Amt eingeleitet worden war, wird seit Freitag vergangener Woche wieder vermisst. Am genannten Tage nahm er noch in Schweinmünde an der Sitzung des Kreistages teil und fuhr von dort nach Berlin. Seitdem ist er nicht wieder zurückgekehrt und gab auch keine Nachricht. Der Magistrat von Uedow machte der Kreisbehörde von Schweinmünde von dem unaufgeklärten Fernbleiben des Bürgermeisters Mitteilung.

Raubmord. Der 69jährige Brinklinger Heinrich Giers in Regenborn, Kreis Holzminde, ist in der Nacht zum Dienstag ermordet worden; es liegt Raubmord vor.

Notwehr? Zu dem Kölner Vorort Braunsfeld erschoss in der Nacht zum Dienstag ein Schußmann in Notwehr den vielfach vorbestraften und als gewalttätigen Menschen bekannten Tagelöhner Peter Schmitz. Schmitz hatte mit einem Gewehr einem Arbeiter aufgelauert, um ihn zu erschließen. Der Schußmann hatte ihm das Gewehr abgenommen, worauf Schmitz den Schußmann zu Boden warf und ihn mißhandelte.

Die Zahl der an Vergiftung erkrankten Personen im Solinger Bezirk ist bereits auf hundert gestiegen. Außer in Ohligs sind Erkrankungen vorgekommen in Gräfenthal, Solingen, Wald, Bohwinkel, Mettmann und Elberfeld. Ein Fabrikarbeiter in Gräfenthal ist sofort nach seiner Überführung ins Krankenhaus gestorben. Mehrere Kranke befinden sich noch in Lebensgefahr.

Wieder ein Überfall auf einen Kassenboten. Montag vormittag gegen 11 Uhr spielte sich in Lille ein Überfall auf einen Kassenboten ab, der nach dem Muster der Pariser Automobil-Apachen ausgeführt wurde. Der 25jährige Kassenbote Dectombe der dortigen Filiale der Bank von Frankreich hatte bei einem Industriellen 20000 Franks einliefert. In einer Nebengasse wurde er plötzlich von einem Individuum überfallen, das hinter einer Haustür gelauert hatte. Der Kassenbote erhielt einen furchtbaren Faustschlag, der ihn zu Boden streckte. Der Bandit würgte sein Opfer am Hals und schnitt gleichzeitig mit einer Schere die Uhrkette des Kassenboten durch, die er für die Kette hielt, an der die Tasche mit dem Gelde hing. Als Polizei herbeieilte, ließ der Bandit von seinem Opfer ab.

Bei dem Einsturz eines 41 Meter hohen Schornsteins wurden bei Brüssel mehrere Zehengeräude verschüttet und mehrere Arbeiter teils getötet und teils schwer verletzt.

Hamburger Strohhanz-Viehmarkt vom 1. April. Auftrieb 6700 Schweine. Markt sehr langsam. Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbatter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 72,00 (— bis 57,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 71, — bis 72,00 (57, — bis 57,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 72, — bis 73,00 (56, — bis 57, —), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 71,00 bis 72,00 (55,50 bis 56, —), geringere Ware, Tara 24 Proz., 68,00 bis 70,00 (51,50 bis 53, —), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 67, — bis 68,00 (53,50 bis 54,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 62,00 bis 63,00 (48,50 bis 50,50).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lade.

